



Ich komm' heut nicht!

Krankenstand. Der Trend hält an: Die Deutschen fehlen am Arbeitsplatz immer länger. Ein Grund dafür ist die alternde Belegschaft – Arbeitnehmer über 55 Jahre sind im Schnitt deutlich länger arbeitsunfähig als jüngere Kollegen. Besonders verbreitet sind Muskel- und Skeletterkrankungen, am längsten fallen die Beschäftigten mit psychischen Störungen aus.

—> [Seiten 2-4](#)



Einkommensverteilung

Wie verschiebt sich die Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedsstaaten, wenn Europa als ein einziges Land betrachtet wird? Das IW hat das analysiert und kommt zu eindrucklichen Ergebnissen.

—> [Seite 5](#)

EU-Kohäsionspolitik

Auch wegen des Brexits muss die EU ihre Ausgaben hinterfragen. IW-Berechnungen zufolge lassen sich in der Kohäsionspolitik mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr sparen.

—> [Seiten 6-7](#)

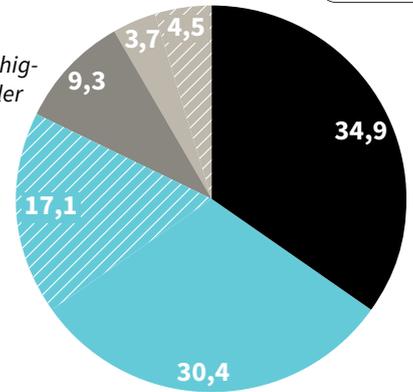
Arbeitnehmer fallen länger aus

Krankenstand. Der langfristige Trend zu steigenden Fehlzeiten in Deutschland geht weiter: Pflichtversicherte Arbeitnehmer wurden 2016 für durchschnittlich zweieinhalb Wochen krankgeschrieben. Ein Grund dafür ist die alternde Gesellschaft: Mit dem Alter steigt auch die Zahl der Krankheitstage. Muskel- und Skeletterkrankungen bilden nach wie vor die häufigste Ursache. Effekte durch eine bessere Prävention werden sich – besonders bei altersabhängigen Verschleißerscheinungen – wohl erst in einigen Jahren erkennen lassen.

Die Dauer

Verteilung der Arbeitsunfähigkeit (AU) 2016 in Prozent aller AU-Fälle

- 1 bis 3 Tage
- 4 bis 7 Tage
- 1 bis 2 Wochen
- 2 bis 4 Wochen
- 4 bis 6 Wochen
- Mehr als 6 Wochen



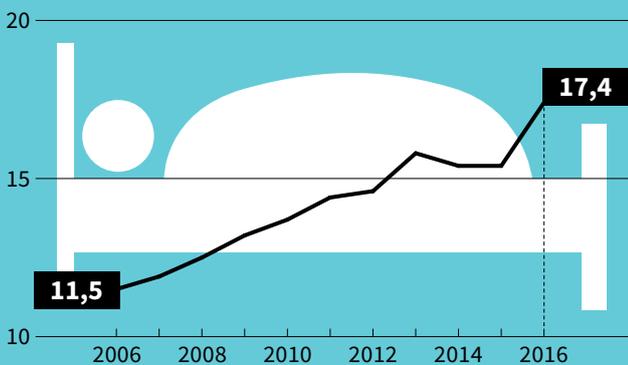
Arbeitsunfähigkeit: Kalendertage mit ärztlichem Attest; pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2018 IW Medien / iwd

iwd

Die Krankheitstage

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je Pflichtmitglied



2016: wegen neuer Methodik nur bedingt vergleichbar mit früheren Werten; Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2018 IW Medien / iwd

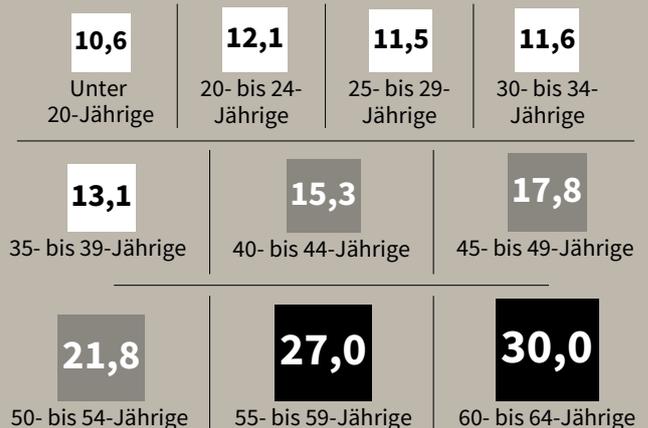
iwd

Seit dem Jahr 2016 schauen die Statistiker der Betriebskrankenkassen genauer hin – Atteste während der Reha werden nun mitgezählt, Krankschreibungen infolge von Arbeitsunfällen vollständig erfasst. Dadurch ist die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage zuletzt um zwei Tage gestiegen. Auch wenn der Wert für 2016 nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar ist, bleibt die Richtung eindeutig – der Krankenstand steigt an.

Zwei Drittel der Krankmeldungen sind nach spätestens einer Woche erledigt – nicht eingerechnet Kurzzeiterkrankungen, für die Mitarbeiter kein ärztliches Attest nachweisen müssen. Mehr als die Hälfte aller Ausfallzeiten geht aber auf das Konto von schwerwiegenden Krankheitsfällen, die mindestens vier Wochen dauern.

Das Alter

Durchschnittliche Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage 2016



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Ursprungsdaten: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2018 IW Medien / iwd

iwd

Mit zunehmendem Alter sinkt die körperliche Leistungsfähigkeit. Daher ist es nicht verwunderlich, dass ältere Beschäftigte durchschnittlich länger ausfallen. Körperliche Verschleißerscheinungen oder schwerwiegende Erkrankungen treten bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen seltener auf, auch wenn diese häufiger krankgeschrieben werden.

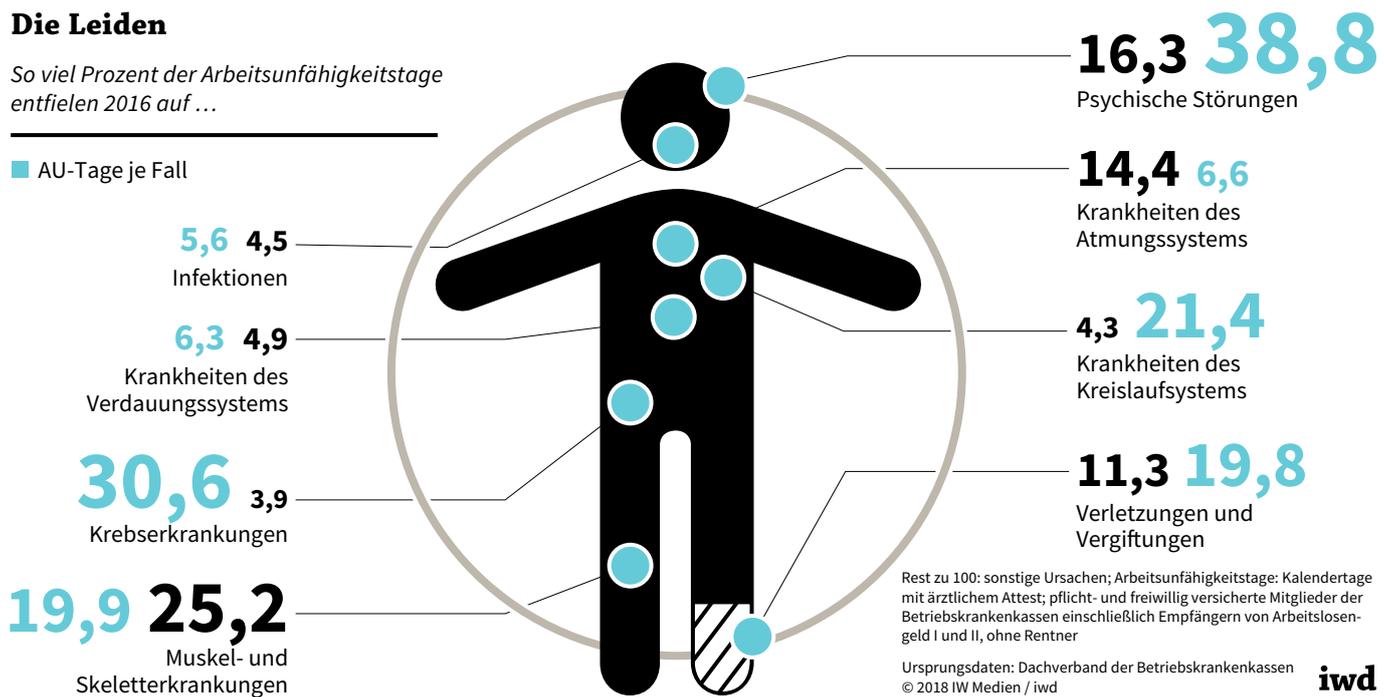


Eine interaktive Grafikstrecke mit weiteren Fakten zum Krankenstand in Deutschland finden Sie auf iwd.de/krankenstand_in_deutschland

Die Leiden

So viel Prozent der Arbeitsunfähigkeitstage entfielen 2016 auf ...

■ AU-Tage je Fall



Mit höherem Alter treten gerade in körperlich belastenden Berufen vermehrt Verschleißerscheinungen auf. Besonders deutlich wird dies durch die hohe Zahl an Muskel- und Skeletterkrankungen. In keiner anderen Krankheitsart steigen die Ausfälle mit dem Alter so stark an. Seelische Leiden rangieren inzwischen auf Rang zwei der Krankheitsursachen. Der einfache Rückschluss, Arbeitsverdichtung und zunehmender Wettbewerbsdruck machten krank, greift jedoch zu kurz. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass sich Arbeit auch positiv auf das seelische Befinden auswirken kann – etwa durch Anerkennung im Job, die soziale Vernetzung mit den Kollegen oder schlicht wegen der verbesserten Konsummöglichkeiten durch das Einkommen.

Die Berufsgruppen

Arbeitsunfähigkeitstage 2016 je beschäftigten Versicherten

Die fünf Berufsgruppen mit den wenigsten AU-Tagen

Lehr- und Forschungstätigkeit an Hochschulen	5,0
Geologie, Geografie und Meteorologie	7,3
Öffentlichkeitsarbeit	7,7
Geschäftsführung und Vorstand	7,7
Human- und Zahnmedizin	8,0

Die fünf Berufsgruppen mit den meisten AU-Tagen

Servicekräfte im Personenverkehr	29,1
Industrielle Keramikherstellung und -verarbeitung	28,9
Überwachung und Wartung der Verkehrsinfrastruktur	28,6
Polizeivollzugs- und Kriminaldienst, Gerichts- und Justizvollzug	28,2
Altenpflege	28,0

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2018 IW Medien / iwd

iwd

Die Branchenunterschiede sind mit Vorsicht zu interpretieren. Auch in den industriellen Branchen ist vielfach eine hybride Wertschöpfungskette zu beobachten, in die unterschiedliche Berufe eingebunden sind. Zu den Top 5 der Berufsgruppen mit den höchsten Ausfallzeiten gehören ebenso Altenpfleger wie Lokführer oder Lastwagenfahrer. Auch die Top 5 der gesündesten Berufsgruppen streuen über verschiedene Einsatzfelder.

„Ein ökonomischer Irrglaube“

Interview. Die Politik will die Krankenkassenbeiträge künftig wieder paritätisch durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren lassen. **Jochen Pimpertz**, Leiter des Kompetenzfelds „Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung“ im IW, erklärt im iwd-Interview, welche Folgen das haben könnte.



Foto: Matthias Ritters

Union und SPD haben sich in den Sondierungen auf eine Rückkehr zur paritätischen Aufteilung der Krankenkassenbeiträge geeinigt. Wie bewerten Sie das?

Wenn man beim bestehenden Bruttolohnniveau den Beitrag paritätisch finanziert, steigen die Arbeitskosten für die Arbeitgeber abrupt um 0,5 Prozent. Das klingt wenig, macht aber rund 6 Milliarden Euro im ersten Jahr aus und kann dazu führen, dass weniger Menschen eingestellt werden.

Was ist Ihr Hauptargument gegen das Vorhaben?

Der Zusatzbeitrag ist das einzige Merkmal, das den Versicherten einen Hinweis gibt, welche Kasse effizienter wirtschaftet. Dieses Preissignal

im Sinne des Wettbewerbs sollte man unbedingt behalten.

Was verspricht sich die Politik von ihrem Plan?

Durch den sinkenden Zusatzbeitrag soll mehr Geld in die Taschen der Arbeitnehmer fließen. Der zweite Grund ist die Angst vor höheren Belastungen durch steigende Gesundheitsausgaben, die nach aktueller Rechtslage nur über den Zusatzbeitrag ausgeglichen würden. Beide Argumente beruhen aber auf einem ökonomischen Irrglauben: Letztlich muss der Arbeitnehmer alles erwirtschaften – egal ob er den Krankenkassenbeitrag überweist oder sein Arbeitgeber.

Also spricht doch nichts dagegen, dass die Arbeitgeber einfach

direkt mehr für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zahlen ...

Ja, wenn die Bruttolöhne niedriger wären. Wird aber ein höherer Arbeitgeberanteil auf den gleichen Lohn fällig, steigen die Arbeitskosten. Dabei schultern die Arbeitgeber schon heute einen größeren Anteil der Gesundheitskosten: Für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zahlten sie allein 2017 schätzungsweise 53 Milliarden Euro, 2006 waren es nur gut 25 Milliarden (Grafik).

Wie ist das zu erklären?

In Deutschland arbeiten mehr Menschen als je zuvor, damit erhöht sich die Zahl der Krankheitstage. Gehaltssteigerungen spielen ebenfalls eine Rolle. Außerdem steigt der Krankenstand seit einiger Zeit.

Lassen sich Ursachen für diese Entwicklung festmachen?

Die Gruppe der Erwerbstätigen ab 55 Jahren ist überproportional stark gewachsen – und ältere Mitarbeiter werden häufiger krank als jüngere.

Kosten der Entgeltfortzahlung

Ausgaben der Unternehmen für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Milliarden Euro

Insgesamt

davon: ■ Bruttoentgelte ■ Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber



Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber einschließlich der gesetzlichen Unfallversicherung; 2015: vorläufig; 2016 und 2017: geschätzt

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Rentenversicherung © 2018 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 9/2018

Jochen Pimpertz: Steigende Ausgaben für die Entgeltfortzahlung iwkoeln.de/entgeltfortzahlung

Europas Unterschiede

Einkommensverteilung. Reichtum und Armut sind auch eine Frage des Maßstabs: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat analysiert, wie sich die Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedsstaaten verschiebt, wenn die Europäische Union als ein einziges Land betrachtet wird. Die Ergebnisse zeigen, wie groß die Unterschiede noch immer sind.

Wer ist reich, wer ist arm? Die Antwort auf diese Frage ist relativ, denn das Medianeinkommen in einem Land bestimmt qua Definition, wo die Einkommensgrenzen verlaufen – nach IW-Abgrenzung gilt als relativ reich, wer mehr als 250 Prozent des landesspezifischen mittleren Einkommens verdient. Armutsgefährdet ist dagegen, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens bezieht.

In einer Studie hat das IW die Ländergrenzen hinter sich gelassen: Mithilfe von Kaufkraftparitäten wurden die nationalen Währungen in Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet. Mit jedem KKS kann man in allen Ländern die gleiche Menge Waren und Dienstleistungen kaufen. Das europaweite Medianeinkommen lag 2014 bei 1.311 KKS, in deutschen Preisen wären das 1.370 Euro.

Bei dieser Betrachtungsweise verschieben sich die Einkommensbefunde fundamental:

Rund 20 Millionen Menschen aus reicheren EU-Staaten gelten nach europaweitem Standard – anders als in der jeweiligen nationalen Betrachtung – nicht mehr als armutsgefährdet.

Ähnliches gilt für die ärmeren Staaten – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen:

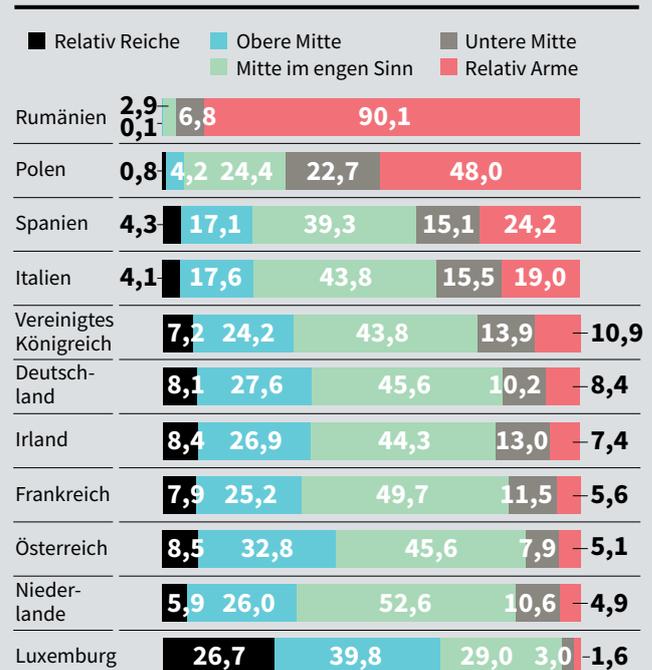
Über 45 Millionen Menschen aus den weniger wohlhabenden EU-Staaten schaffen es nicht über die EU-Armutsschwelle, obwohl sie nach nationalem Maßstab nicht armutsgefährdet sind.

In einigen Mitgliedsstaaten, vor allem im Osten, liegt sogar das kaufkraftbereinigte Medianeinkommen unterhalb der für Europa errechneten Armutsschwelle – dort ist also mehr als die Hälfte der Bevölkerung nach europäischen Maßstäben armutsgefährdet.

Schlusslicht in der europaweiten Betrachtung ist Rumänien, wo über 90 Prozent der Bevölkerung als relativ einkommensarm gelten, wenn man auf die EU als Ganzes schaut (Grafik). In Luxemburg dagegen ist nach KKS praktisch niemand mehr armutsgefährdet, während über ein Viertel der Bevölkerung mehr als 250 Prozent

Großes Gefälle

So viel Prozent der Einwohner der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gehörten im Jahr 2014 zu dieser Einkommensschicht, wenn die EU als ein einziger Staat gesehen wird



Länderauswahl; eine Übersicht aller EU-Staaten finden Sie auf iwd.de

Relativ Reiche: mehr als 250 Prozent ...; obere Mitte: 150 bis 250 Prozent ...; Mitte im engen Sinn: 80 bis 150 Prozent ...; untere Mitte: 60 bis 80 Prozent ...; relativ Arme: weniger als 60 Prozent ...
... des kaufkraftbereinigten EU-weiten Medianeinkommens (bedarfsgewichtet)

Ursprungsdaten: Eurostat
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

des europäischen Medians verdient und damit als einkommensreich gilt. Auch für die Bundesrepublik entspannt sich die Lage: Wenn man die nationalen Grenzen durch die europäischen ersetzt, sinkt die Armutsgefährdungsquote für Deutschland von 16,5 auf 8,4 Prozent. Und: Mehr als ein Drittel der Bundesbürger zählt dann mindestens zur oberen Mitte.

IW-Kurzbericht 4/2017

Judith Niehues: Einkommen in Europa – Arm und Reich ist auch eine Frage des Maßstabs

iwkoeln.de/einkommen_in_europa



Zu welcher Schicht gehören Sie?

Sind Sie Teil der Mittelschicht, reich oder armutsgefährdet?

In einer interaktiven Grafik können Sie das mit wenigen Klicks herausfinden. Außerdem erfahren Sie, wo Sie mit Ihrer Kaufkraft im Schichtgefüge der anderen europäischen Länder landen würden:

iwkoeln.de/einkommensschicht

Aufs Wesentliche beschränken

EU-Kohäsionspolitik. Seit Jahrzehnten weitet die EU ihre Politik zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts stetig aus. Nicht nur weil mit den Briten demnächst wohl ein wichtiger Nettozahler fehlt, gehören nun aber alle Ausgaben auf den Prüfstand. Eine neue IW-Studie zeigt, dass sich jährlich mehr als 20 Milliarden Euro sparen ließen, wenn die Kohäsionsmittel nur noch den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten gewährt würden.

Europa mangelt es wahrlich nicht an Herausforderungen. Um neue Flüchtlingsdramen zu vermeiden, muss die EU helfen, die Migrationsursachen zu bekämpfen. Zugleich gilt es, die Grenzen zu sichern und den Terrorismus in die Schranken zu weisen. All dies kostet viel Geld. Zudem steht aller Voraussicht nach

der Brexit bevor – damit fehlen der EU laut Haushaltskommissar Günther Oettinger ab 2020 jährlich mehr als 10 Milliarden Euro. Insgesamt droht durch die höheren Aufwendungen und die fehlenden Einnahmen ein Haushaltsloch von bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Angesichts dessen muss die EU ihre derzeitigen Ausgaben dringend hinterfragen. Das gilt nicht zuletzt für die sogenannte Kohäsionspolitik. Sie basiert auf der vertraglichen Verpflichtung, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Union zu fördern. Insbesondere sollen die Unterschiede im Entwicklungsstand der Regionen verringert und der Rückstand besonders benachteiligter Gebiete abgebaut werden.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die EU im Laufe der Jahre immer mehr Geld in die Hand genommen (Grafik):

Die jährlichen Ausgaben für die Kohäsionspolitik sind von etwa

1 Milliarde Euro Ende der 1970er Jahre auf zuletzt deutlich mehr als 60 Milliarden Euro gestiegen.

Damit entfällt mittlerweile fast jeder zweite Euro, den die EU ausgibt, auf kohäsionspolitische Maßnahmen – einschließlich der landwirtschaftlichen Strukturpolitik.

Ein Blick auf die Details verrät, dass die Fördertöpfe oft im Zusammenhang mit einer Erweiterung oder Vertiefung der EU eingerichtet oder aufgefüllt worden sind – quasi als Teil politischer Deals. Zudem soll die Kohäsionspolitik seit 2007 den Mitgliedsstaaten auch noch dabei helfen, die von der EU gesetzten Wachstums- und Beschäftigungsziele zu erreichen.

Dies führt allerdings dazu, dass prinzipiell alle Regionen in der EU auf Kohäsionsmittel hoffen dürfen. In der aktuellen Förderperiode geht denn auch kein Land leer aus (Grafik Seite 7):

Im Zeitraum 2014 bis 2020 profitieren alle 28 EU-Staaten von den insgesamt gut 454 Milliarden Euro an Kohäsionsmitteln.

Selbst das reiche Luxemburg wird noch mit gut 100 Millionen Euro gefördert. Das meiste Geld fließt, absolut gesehen, nach Polen; je Einwohner gerechnet liegt dagegen Estland vorn.

Über das ursprüngliche Ziel, speziell die ärmeren Mitgliedsstaaten und Regionen zu unterstützen, geht die Kohäsionspolitik also inzwischen deutlich hinaus.

All dies sind zusammen mit der drohenden Haushaltslücke gute Gründe, die Kohäsionspolitik wieder auf das Wesentliche zu beschränken. Das IW hat dazu eine Modellrechnung erstellt, die auf den kohäsions-

EU: Mehr Geld für den Zusammenhalt

Ausgaben für die Kohäsionspolitik in Milliarden Euro

■ in Prozent der EU-Gesamtausgaben



Kohäsionspolitik: Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU
Ausgaben in Milliarden Euro: bis 1979 in Milliarden Europäische Rechnungseinheiten, 1979 bis 1998 in Milliarden Europäische Währungseinheiten (ECU)

Ursprungsdaten: EU-Kommission
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

EU-Kohäsionspolitik: Förderung für alle

Unter dem Begriff der Kohäsionspolitik werden allgemein jene Maßnahmen zusammengefasst, mit denen die EU den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Staatengemeinschaft stärken will. In einer weiten Abgrenzung – wie hier – berechnen sich die kohäsionspolitischen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds, dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen.

Von den insgesamt 454,1 Milliarden Euro, die die EU im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Verfügung stellt, entfallen so viele Milliarden Euro auf diese Mitgliedsländer

■ je Einwohner in Euro

Polen	86,0	2.270	Litauen	8,4	2.900
Italien	42,8	700	Lettland	5,6	2.860
Spanien	37,4	810	Österreich	4,9	570
Rumänien	30,8	1.560	Estland	4,5	3.390
Deutschland	27,9	340	Slowenien	3,9	1.880
Frankreich	26,7	400	Finnland	3,8	690
Portugal	25,8	2.490	Schweden	3,6	370
Ungarn	25,0	2.540	Irland	3,4	710
Tschechien	24,2	2.290	Belgien	2,7	240
Griechenland	20,4	1.890	Niederlande	1,7	100
Vereinigtes Königreich	16,4	250	Dänemark	1,3	220
Slowakei	15,3	2.830	Zypern	0,9	1.030
Kroatien	10,7	2.560	Malta	0,8	1.910
Bulgarien	9,9	1.380	Luxemburg	0,1	240
Nachrichtlich: national nicht zurechenbar im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit				9,1	

Ursprungsdaten: EU-Kommission
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

politischen Zahlungen und Rückflüssen von 2011 bis 2015 basiert.

Im Schnitt dieser Jahre haben die EU-Staaten (ohne Kroatien) insgesamt gut 50 Milliarden Euro für die Kohäsionspolitik ausgegeben. Saldiert man die den einzelnen Ländern fiktiv zugerechneten Finanzierungsbeiträge und die erhaltenen Mittel, gab es 15 Nettoempfänger, an die insgesamt 27,8 Milliarden Euro pro Jahr geflossen sind. Daraus folgt:

Mit 22,4 Milliarden Euro kam im Schnitt der Jahre 2011 bis 2015 fast die Hälfte aller Kohäsionsmittel nicht den ärmeren Staaten zugute, sondern wurde lediglich innerhalb der reicheren und der ärmeren Gruppe der Mitgliedsstaaten neu verteilt.

Die IW-Rechnung geht davon aus, dass infolge des Brexits die Zahlun-

gen des Vereinigten Königreichs entfallen. Zudem sollen die Kohäsionsmittel künftig allein von den wohlhabenderen Staaten – also den bisherigen Nettozahlern – finanziert werden und an die ärmeren Staaten fließen. Diesem Reformvorschlag zufolge würde zum Beispiel Deutschland nicht mehr 10,4 Milliarden Euro pro Jahr zahlen und zugleich 3,6 Milliarden Euro kassieren, sondern ausschließlich einen Beitrag von rund 8 Milliarden Euro leisten. Auf der anderen Seite würde etwa Spanien, das bislang 4,2 Milliarden Euro pro Jahr gezahlt hatte, aber auch mit 5,3 Milliarden Euro gefördert wurde, zum reinen Empfänger von Kohäsionsmitteln in Höhe von gut 700 Millionen Euro.

Unterm Strich ließe sich das Volumen der kohäsionspolitischen

Förderung von 50 auf weniger als 27 Milliarden Euro reduzieren – ohne dass die ärmeren Mitgliedsstaaten Einbußen erlitten.

Die wirtschaftlich stärkeren Länder erhalten dann kein Geld mehr aus Brüsseler Töpfen für ihre Regional- und Strukturpolitik, sondern sollen dafür in erster Linie selbst die Verantwortung übernehmen. Unterstützend könnte die EU die ärmeren Regionen dieser Staaten mit Krediten, Bürgschaften und ähnlichen Finanzinstrumenten fördern.

IW-Analysen Nr. 121

Berthold Busch: Kohäsionspolitik in der Europäischen Union – Bestandsaufnahme und Neuorientierung
iwkoeln.de/kohaesionspolitik

Wohnhäppchen aus dem Netz

Digitalisierung. Noch ist der samstägliche Ausflug ins Möbelhaus nicht passé, aber er bekommt Konkurrenz. Denn immer mehr Verbraucher bestellen Lampen, Teppiche und Sofas im Internet. Mithilfe technischer Spielereien soll der Online-Möbelkauf bald noch attraktiver werden.

Jeder Dritte hat es schon getan und jeder Zweite kann es sich vorstellen: den Möbelkauf im Internet. Vor allem jüngere Leute und Frauen sind Fans des Online-Shoppings (Grafik):

Mehr als die Hälfte der jungen Paare in Deutschland hat bereits Möbel online gekauft.

Männer sind zwar begeisterte Online-Einkäufer, wenn es um Unterhaltungselektronik geht, doch die meisten von ihnen kaufen eher eine Waschmaschine als einen Wohnzimmerschrank im Netz. Bei Frauen ist das ein bisschen anders – zwar ist auch ihre Bestellbereitschaft für Elektronik und Haushaltsgeräte größer als für Einrich-

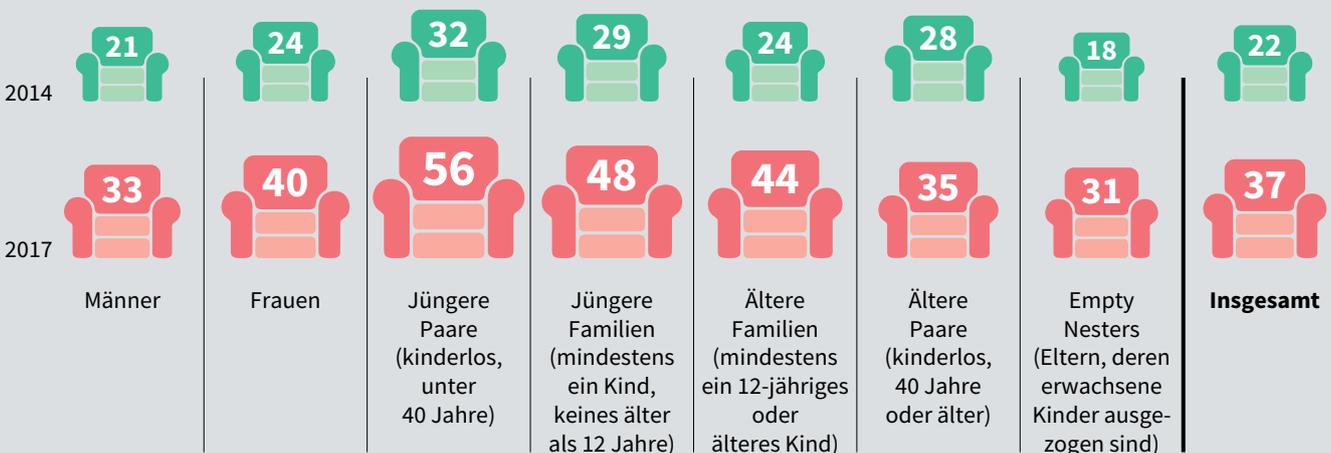
tungsgegenstände, gleichwohl kaufen Frauen mehr Möbel online ein als Männer.

Ein gutes Beispiel dafür, dass vor allem Frauen dem digitalen Einkaufserlebnis rund ums Einrichten zugetan sind, ist Westwing. Der 2011 gegründete Shoppingclub mit Sitz in München, der ein ständig wechselndes Angebot an Möbeln und Wohnaccessoires über das Internet verkauft, hat allein im deutschsprachigen Raum rund 3 Millionen Mitglieder – 2,7 Millionen davon sind weiblich.

Einen Frauenüberschuss kann auch der Versandhändler Otto aus Hamburg verzeichnen. Otto setzte im Jahr

Online-Möbelkauf: Jeder Dritte tut es

So viel Prozent der Deutschen haben schon einmal Möbel im Internet gekauft



2014: Befragung von 1.336 Personen; 2017: Befragung von 1.290 Personen

Quellen: Otto, TNS Infratest
© 2018 IW Medien / iwd

2017 knapp 800 Millionen Euro nur mit Möbeln um – und ist damit im Online-Möbelhandel Deutschlands Marktführer. Rund 200.000 Möbelstücke und Deko-Artikel von mehr als 140 Marken bietet Otto auf seiner Homepage an. Der Erfolg des Portals ist verblüffend: Ein ursprünglich nur für diesen Vertriebsweg designtes Polstermöbel wurde so oft beim Möbelhersteller direkt angefragt, dass der sich irgendwann dafür entschied, es auch in seinen Ladengeschäften anzubieten.

Doch längst nicht immer sind Möbel aus dem Netz solche Selbstläufer. Die „Lifestyle-Studie 2017“, die Otto zusammen mit dem Marktforschungsunternehmen TNS Infratest herausgegeben hat, fragte Verbraucher auch nach den Hindernissen beim Möbelkauf im Netz:

Zu den größten Barrieren zählt, dass Kaufinteressenten online weder die Qualität noch die Nutzungseigenschaften der Möbel beurteilen können.

Mehr als die Hälfte der Befragten bemängelt außerdem, dass das Internet kein reales Erleben bietet und sie die Möbel nicht ausprobieren können. Und ein Drittel kann sich am Bildschirm schlecht vorstellen, wie die Möbel in ihrem Zuhause aussehen.

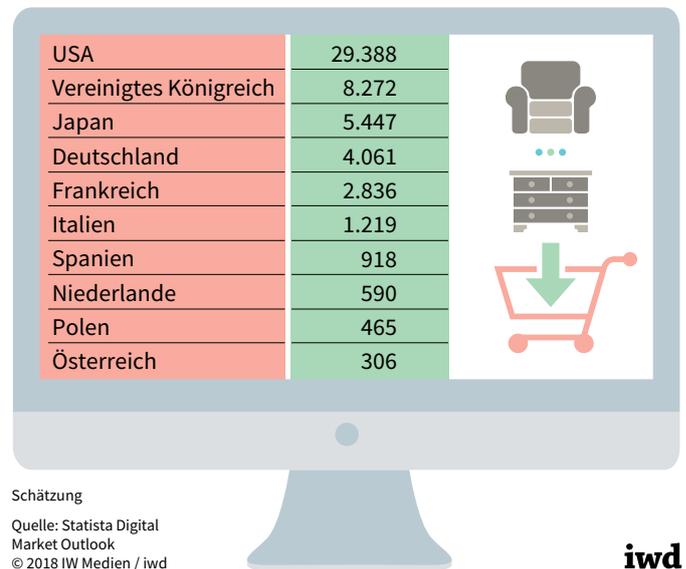
Zumindest diese Barriere dürfte bald beseitigt sein. Viele Online-Möbelhändler experimentieren mit technischen Lösungen wie zum Beispiel Augmented-Reality-Apps, die die reale und virtuelle Welt zusammenführen. Mithilfe dieser Apps lassen sich Möbel, Lampen und Teppiche in einer zuvor aufgenommenen Umgebung beliebig platzieren und herumschieben. Und nicht nur das – man kann die Stücke auf dem Bildschirm auch von allen Seiten betrachten und sogar sehen, welche Schatten sie werfen.

Was bislang nur im Testversuch mit einigen wenigen Möbelstücken funktioniert, soll noch in diesem Jahr allen Otto-Kunden von zu Hause aus möglich sein; aufgrund mangelnder Speicherkapazitäten wird jedoch nur ein Teil des Sortiments vom Verbraucher virtuell in den eigenen Räumen dargestellt werden können. Ikea bietet das Ausprobieren auf dem Bildschirm bereits seit September 2017 mit seiner Place-App an, die rund 2.000 Produkte beinhaltet.

Dass sich die Internet-Möbelhändler so allerhand einfallen lassen – manche betreiben Beratungshotlines, fast alle bieten einen kostenlosen Lieferservice, andere entsorgen alte Polstermöbel –, hat seinen Grund: Der Online-Möbelkauf gilt als das Geschäft der Zukunft. Zwar shoppen die Deutschen im Vergleich zu den Amerikanern nur wenig im Internet, doch für Platz vier im globalen Ranking reicht es schon heute (Grafik). Und, da ist sich die Möbelbranche einig, die Online-Umsätze werden schon bald signifikant steigen.

Möbelhandel: Jetzt auch online

So viele Millionen Euro wurden 2017 online mit Haushaltswaren und Möbeln umgesetzt



Aktuell werden laut Handelsverband Möbel und Küchen 8 Prozent der Einrichtungsgegenstände in Deutschland über das Internet gekauft.

Auch der weltgrößte Möbelkonzern bastelt an einer Erweiterung seiner Digitalstrategie. Global setzte Ikea im Einzelhandel zuletzt 34,1 Milliarden Euro um, doch der Vertrieb über den seit 15 Jahren existierenden eigenen Online-Shop, der im vergangenen Geschäftsjahr 5 Prozent zum Gesamtumsatz des Konzerns beitrug, reicht den Schweden nicht mehr aus. Weil Ikea weiter wachsen will, sollen Billy, Klippan und Malm deshalb künftig auch über externe Online-Plattformen wie Amazon oder Alibaba verkauft werden. In diesem Jahr wollen die Schweden mit der Umsetzung des Pilotprojekts beginnen. Welche Anbieter zum Zug kommen und welche Märkte getestet werden, steht allerdings noch nicht fest.

Ein Problem vieler Online-Händler sind die hohen Retourenquoten. Bei Mode und Schuhen beträgt die Zahl der Rücksendungen mitunter 50 Prozent. Im Möbelsegment, so beteuern die Internethändler, sei die Quote viel niedriger und je nach Produktgruppe ganz unterschiedlich. Fest steht allerdings: Da es ziemlich teuer ist, ein Sofa oder eine Schrankwand erst anzuliefern und dann wieder abzuholen, setzen die Online-Möbelhändler alles daran, Retouren einzudämmen – denn mehr als 15 Prozent gelten als unrentabel. Auch deshalb ist Marktführer Otto freigiebig mit kostenlosen Stoff- und Holzmustern: Pro Jahr versendet der Internethändler mehr als eine Million solcher Wohnhäppchen.

Essen, trinken, schlafen

Gastgewerbe. Obwohl immer mehr Menschen außer Haus essen und auch die Reisebranche boomt: Die wirtschaftliche Bedeutung des Hotel- und Gaststättengewerbes wird häufig unterschätzt. Dabei ist es eine dynamisch wachsende Branche, die auch vielen ausländischen Mitarbeitern einen Job bietet.

Ob Dönerbude oder Drei-Sterne-Restaurant, Hostel oder Grandhotel: Das Gastgewerbe ist eine höchst vielfältige Branche mit großer Anziehung- und Wirtschaftskraft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der IW Consult im Auftrag des DEHOGA Bundesverbands:

Im Jahr 2016 setzte das deutsche Hotel- und Gaststättengewerbe annähernd 81 Milliarden Euro um und beschäftigte nahezu 1,9 Millionen Menschen.

Damit bewegt sich die Branche auf demselben Niveau wie die chemische Industrie oder die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen.

Außerdem wächst das Gastgewerbe sehr dynamisch. Während die reale Bruttowertschöpfung in der Gesamtwirtschaft von 2010 bis 2016 um 9,9 Prozent wuchs, stieg sie im Hotel- und Gaststättengewerbe um mehr als 14 Prozent.

Das war nicht immer so. Zwischen 1991 und 2010 schrumpfte das Gastgewerbe um 0,7 Prozent pro Jahr, die Gesamtwirtschaft legte dagegen ein jährliches Wachstum von 1,4 Prozent hin.

Zur guten Umsatzentwicklung im Gastgewerbe in den vergangenen Jahren haben alle Einrichtungen mit Ausnahme der Bars beigetragen. Besonders hoch war das Umsatzplus im Eventcatering und in den Eisalons, allerdings handelt es sich hierbei um recht kleine Märkte. Von den großen Marktsegmenten haben vor allem die klassischen Hotels gewonnen, sie steigerten ihren Umsatz im Zeitraum der Jahre 2010 bis 2015 um überdurchschnittliche 35 Prozent.

Das liegt vor allem an den steigenden Übernachtungszahlen in den rund 50.000 deutschen Beherbergungsbetrieben (Grafik):

Die Zahl der Gästeübernachtungen ist von 2010 bis 2017 um 80 Millionen auf fast 460 Millionen gestiegen.

Der Tourismus boomt zwar auch anderswo, doch nur in drei westeuropäischen Ländern legten die Übernachtungszahlen von 2010 bis 2015 noch stärker zu als in der Bundesrepublik: In Portugal stiegen sie um etwa 32 Prozent, Belgien kam auf ein Plus von 27 Prozent. Auch Griechenland steigerte seine Nächtigungsrate, und zwar um fast 18 Prozent – knapp 2 Prozentpunkte mehr als in Deutschland. In Frankreich und Italien betrug das Plus weniger als 5 Prozent.

Die rund 220.000 Betriebe der Hotellerie und Gastronomie erwirtschafteten 2016 eine Bruttowertschöpfung von 44,9 Milliarden Euro. Das Gros – nämlich 31,2 Milliarden Euro – setzte die Gastronomie um, 13,7 Milliarden entfielen auf das Beherbergungsgewerbe.

Ein Blick auf die Beschäftigten zeigt, dass das Gastgewerbe Deutschlands internationalste Branche ist. Unter den fast 1,9 Millionen Mitarbeitern befinden sich rund 310.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Migrationshintergrund – das sind rund 30 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter. Eine DEHOGA-Umfrage ergab zudem, dass jeder fünfte Betrieb Flüchtlinge beschäftigt.

Studie

Karl Lichtblau et al.: Die Bedeutung des Hotel- und Gaststättengewerbes
iwconsult.de/dehoga

Die Gäste kommen!

Zahl der Betten und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland in Millionen

	Zahl der Schlafgelegenheiten	Zahl der Übernachtungen
2010	3,52	380
2011	3,54	392
2012	3,56	407
2013	3,56	412
2014	3,56	424
2015	3,58	436
2016	3,57	447
2017	3,48	459

2017: Wert für Oktober (Schlafgelegenheiten) / Prognose (Übernachtungen); Beherbergungsbetriebe mit mindestens zehn Schlafgelegenheiten

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

Win-win-win-Situation

Ganztagsbetreuung. Ein Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder würde sich für alle lohnen: für die Kinder, für deren Mütter und Väter sowie für den Staat.

Die Ganztagsbetreuung für Kinder zwischen sechs und zehn Jahren betrifft zwei verschiedene Ebenen:

Ganztagschulen fallen in den Bereich der Schulpolitik und damit in die alleinige Zuständigkeit der Länder. Laut Kultusministerkonferenz wurden im Schuljahr 2015/2016 bundesweit knapp 35 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen in Ganztagschulen betreut, allerdings streuen die Quoten auf Länderebene sehr stark (Grafik):

Während in Hamburg gut 98 Prozent der Kinder auf Ganztagschulen gingen, waren es in Mecklenburg-Vorpommern nur rund 2 Prozent.

Außerschulische Betreuungsangebote, also vor allem jene in Horten und bei Tageseltern, sind dagegen der Familienpolitik beziehungsweise der öffentlichen Fürsorge zuzuordnen und fallen damit unter die konkurrierende Gesetzgebung von Bund und Ländern.

Deutschlandweit wurden im Schuljahr 2015/2016 knapp 23 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen auf diese Weise betreut. Und auch hier ist die Spanne auf Länderebene groß: Sie reicht von rund 7 Prozent in Berlin bis zu fast 83 Prozent in Sachsen.

Bezogen auf die bundesweiten Quoten ist die Betreuungssituation von Grundschulkindern damit schlechter als die von Kindergartenkindern. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, dass Schulkinder bereits während des regulären Unterrichts betreut werden.

Zudem gibt es bei der Ganztagsbetreuung von Schulkindern drei Varianten: erstens, wie in Berlin und Hamburg, die Ganztagschule als dominierende Einrichtung; zweitens, wie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, vorwiegend Horten; und drittens, wie in Sachsen, eine zumeist gemeinsame Gestaltung des Ganztagsangebots von Schule und Hort.

Rechnet man die Betreuungsquoten, die das Deutsche Jugendinstitut 2016 in einer Studie erhoben hat, auf alle Grundschul Kinder hoch, ist der Befund eindeutig:

Gemessen am Bedarf der Eltern fehlen in Deutschland rund 330.000 Ganztagsbetreuungsplätze.

Unter dem Strich wäre der Ausbau der Ganztagsbetreuung für alle Beteiligten vorteilhaft, denn sie verbessert die Chancen der Kinder, hilft Zuwandererkindern,

gut Deutsch zu lernen, stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verbessert die wirtschaftliche Situation der Familien und lohnt sich für den Staat.

Letzteres erklärt sich allein dadurch, dass die höhere Erwerbstätigkeit der Mütter dem Staat mehr Steuern und Sozialabgaben einbringt. Würde die Ganztagsbetreuung zum Beispiel bis in den Abend und auch auf den Samstag ausgedehnt, hieße das bei 330.000 zusätzlichen Plätzen: Den jährlichen Zusatzausgaben der öffentlichen Hand von 0,8 Milliarden Euro stünden zusätzliche Einnahmen von 2,1 Milliarden Euro gegenüber.

Darüber hinaus wird die Einnahmenbasis der öffentlichen Hand langfristig gestärkt – wenn die Integration besser gelingt und die auf den Arbeitsmarkt nachrückenden jungen Menschen besser qualifiziert sind.

Die Ganztagsbetreuung in den Bundesländern

So viel Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren wurden im Schuljahr 2015/2016 ganztägig betreut

	■ Ganztagschule	■ Außerschulische Betreuung
Hamburg	98,1	13,3
Sachsen	85,6	82,8
Thüringen	85,3	13,1
Berlin	77,2	7,3
Saarland	46,9	18,7
Nordrhein-Westfalen	42,4	8,2
Bremen	41,4	20,7
Brandenburg	41,0	74,8
Deutschland	34,5	22,8
Rheinland-Pfalz	33,7	14,3
Niedersachsen	30,5	17,9
Hessen	27,5	21,3
Schleswig-Holstein	19,8	19,8
Baden-Württemberg	14,2	14,6
Bayern	11,1	24,2
Sachsen-Anhalt	4,1	69,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	68,0

Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: nur Schulen in öffentlicher Trägerschaft

Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzexpertise

Wido Geis: Investitionen in die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern – ökonomische Effekte einer Vereinbarkeits-, Bildungs- und Integrationsrendite

iwkoeln.de/ganztagsbetreuung

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber

Redaktionsassistenten: Ines Pelzer

Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Top-Liste: Die Online-Bucher

Dank digitaler Plattformen wie Airbnb oder Couchsurfing finden heute alle, die eine private Unterkunft dem anonymen Hotelbetrieb vorziehen, ganz leicht das Zimmer oder die Wohnung ihrer Wahl. Besonders beliebt ist diese Form der Buchung innerhalb der Europäischen Union im Vereinigten Königreich: Im vergangenen Jahr hat gut jeder dritte 16- bis 74-jährige Brite sein geliebtes „Bed and Breakfast“ per Mausclick ausgewählt. In den Ländern auf den nachfolgenden Plätzen lag der Anteil gerade mal bei etwa einem Fünftel – so auch in Deutschland. Am Ende des EU-Rankings liegt Tschechien – dort hat im Jahr 2017 lediglich 1 Prozent der über 16-Jährigen im Internet eine private Ferienwohnung oder ein Zimmer für den nächsten Städtetrip gefunden.

Zahl der Woche



Erwerbstätige in Deutschland möchten ihre Arbeitszeit aufstocken. Dies geht aus dem Mikrozensus und der Arbeitskräfteerhebung für 2016 hervor. Im Schnitt würden diese Beschäftigten pro Woche gerne knapp elf Stunden Arbeitszeit draufpacken. Zu den „Unterbeschäftigten“ gehören auch knapp 1,2 Millionen Personen, die nach eigener Einschätzung bereits in Vollzeit tätig sind, aber dennoch durchschnittlich noch mal sieben Stunden länger arbeiten und damit ihr Einkommen erhöhen wollen. Gut 1,4 Millionen Teilzeitbeschäftigte wünschen sich im Schnitt eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung um fast 14 Stunden.

Per Internet ins private Bett

So viel Prozent der 16- bis 74-Jährigen aus diesen EU-Ländern haben im Jahr 2017 online eine private Unterkunft gebucht



Quelle: Eurostat
 © 2018 IW Medien / iwd



Neu auf iwd.de: Teurer Standort D

Der neue internationale Arbeitskostenvergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt: Deutschland ist für die Industrie nach wie vor der sechstbeste Standort der Welt. Welche Industrieländer für die Unternehmen unter dem Kostenaspekt attraktiver sind und weshalb Deutschland auf der Hut sein sollte, lesen Sie auf iwd.de.

